

Ich rufe dennoch wie üblich nach dem zeitlichen Ende der Fragestunde die

Mündliche Anfrage 69

der Abgeordneten Sven Wolf von der Fraktion der SPD auf.

Wir haben gerade schon bilateral geklärt, dass Sie eine schriftliche Beantwortung durch die Landesregierung wünschen. (Siehe Vorlage 17/3311)

(Sven Wolf [SPD]: Ja! Danke!)

– Herzlichen Dank.

(Herbert Reul, Minister des Innern: Das ist aber schade! – Gegenruf von Sven Wolf [SPD]: Wir können ja jetzt einen Kaffee trinken gehen, Herr Reul!)

Ich rufe auf:

12 Gesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und der Kommunalwahlordnung

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/8296

Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses
Drucksache 17/9095

zweite Lesung

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, die Reden zu diesem Tagesordnungspunkt zu Protokoll zu geben. (Siehe Anlage 1)

Somit kommen wir zur Abstimmung. Der Innenausschuss empfiehlt in Drucksache 17/9095, den Gesetzentwurf Drucksache 17/8296 unverändert anzunehmen. Wir kommen somit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 17/8296 und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte zustimmen? – Das sind SPD, CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Das ist die AfD. – Ich habe kein Stimmergebnis der Grünen wahrgenommen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wir stimmen zu! – Arndt Klocke [GRÜNE]: Ich habe es verschlafen!)

– Zustimmung. – Ich wiederhole noch einmal: Zustimmung von SPD, Grünen, CDU und FDP bei Enthaltung der AfD. Gegenstimmen gab es keine. Damit haben wir einen einstimmigen Beschluss, mit dem der **Gesetzentwurf Drucksache 17/8296 in zweiter Lesung verabschiedet** ist.

Ich rufe auf:

13 Vom Rückschritt zum Fortschritt: Der Entwurf einer Mieterschutzverordnung der Landesregierung muss verändert werden!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9037

Eine Aussprache ist auch hierzu nicht vorgesehen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 17/9037** an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen. Ist jemand gegen die Überweisung? – Möchte sich jemand enthalten? – Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

14 Gesetz zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen im Jahr 2020 (Bildungssicherungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/9051

erste Lesung

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9119

In Verbindung mit:

Schule muss als Lern- und Lebensraum für alle Kinder wirken können

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/9029

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich für die Landesregierung Frau Ministerin Gebauer das Wort.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Gesetz zur Sicherung von Schul- und Bildungslaufbahnen im Jahr 2020 legen wir die Grundlage, um die notwendigen Antworten auf das Ruhen des Unterrichtsbetriebs an den Schulen und den Einrichtungen der Weiterbildung geben zu können; denn unser aller Anspruch sollte sein, dass niemand aufgrund der Coronapandemie Nachteile in seiner Bildungslaufbahn erleiden muss.

Abschlüsse und Berechtigungen sollen auf einer rechtssichereren Basis erworben werden. Im Vordergrund steht dabei selbstverständlich – das betone ich immer wieder – der Schutz der Gesundheit aller am Schulleben Beteiligten.

Meine Damen und Herren, wir benötigen eine Änderung des Schulgesetzes, weil zentrale Entscheidungen für die Bildungslaufbahnen von Schülerinnen und Schülern unmittelbar im Gesetz geregelt sind und wegen ihrer Bedeutung für den Einzelnen auch in einem Gesetz geregelt werden müssen.

Im Einzelnen normiert der vorliegende Gesetzentwurf Abweichungen von Rechtsnormen.

Artikel 1 erlaubt Abweichungen vom Schulgesetz. Diese erstrecken sich im Wesentlichen auf den Bereich der schulischen Prüfungen und der Versetzungen. Im Einzelnen sind dies das Abschlussverfahren am Ende der Sekundarstufe I, das Verfahren am Ende der Erprobungsstufe, die zentrale schriftliche Leistungsüberprüfung, das Abschlussverfahren am Ende der Sekundarstufe I am Weiterbildungskolleg, die Feststellung der Sprachentwicklung zwei Jahre vor der Einschulung und die Versetzung.

Artikel 2 enthält Regelungen für erforderliche Abweichungen bei der Lehrerausbildung.

In Artikel 3 ist eine entsprechende Regelung für den Bereich der Weiterbildung vorgesehen.

Angesichts der dynamischen Entwicklung der Pandemie ist es notwendig, auch kurzfristig auf Entwicklungen reagieren und zügige Entscheidungen herbeiführen zu können. Die Detailregelungen sind daher den einzelnen untergesetzlichen Normen, insbesondere den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen nach § 52 Schulgesetz, vorbehalten.

Das Ministerium für Schule und Bildung hat dem Landtag einen Entwurf zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung nach § 52 Schulgesetz zukommen lassen. Er ist parallel zum Gesetzentwurf Gegenstand der Beratungen im Schulausschuss.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und den gestern noch eingereichten Änderungsantrag eingehen, mit dem Sie in den Gesetzentwurf eine Regelung aufnehmen möchten, nach der die Abiturprüfungen ausgesetzt werden, und abweichend von § 18 Abs. 5 Schulgesetz die allgemeine Hochschulreife auf der Grundlage von Vornoten vergeben sehen möchten. Sie möchten einen generellen Verzicht auf die diesjährigen Abiturprüfungen.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle als Schul- und Bildungsministerin: Wer unsere Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen im nationalen Vergleich abhängen will und ihnen Chancengerechtigkeit absprechen möchte, der fordert so etwas.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie sagen, es müsse jetzt um Pädagogik gehen. – Es muss immer um Pädagogik gehen. Das tut es bei allen unseren Entscheidungen, die wir entsprechend treffen.

Dass allerdings ein Verzicht auf Prüfungen, insbesondere die Abiturprüfungen, eine Form der Förderung für Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Familien ist, kann ich nicht nachvollziehen. Dieser Verzicht hätte auf Schülerinnen und Schüler an Hauptschulen, Realschulen und Sekundarschulen überhaupt keinen Effekt. Ich halte diesen Verzicht auch für verantwortungslos.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Im Übrigen haben wir die Durchführung der diesjährigen Abiturprüfungen – auch das werde ich nicht müde zu wiederholen – in der Kultusministerkonferenz einstimmig beschlossen, also auch mit Bundesländern, in denen die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen oder auch der SPD an der Regierung sind.

Präsident André Kuper: Frau Ministerin, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Frau Beer.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Ich würde gerne erst einmal meinen Vortrag zu Ende halten.

Präsident André Kuper: Gerne.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Sich jetzt gegen diesen Beschluss zu stellen, würde nicht nur die Zusammenarbeit mit allen Bundesländern infrage stellen, sondern auch die bundesweite Anerkennung der nordrhein-westfälischen Abschlüsse gefährden. – Herzlichen Dank.

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Ich glaube, jetzt besteht noch die Gelegenheit für die Zwischenfrage. Oder gibt es eine Kurzintervention?

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Eine Kurzintervention!)

– Eine Kurzintervention. – Frau Beer hat das Wort zur Kurzintervention.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herzlichen Dank. – Frau Ministerin, Sie haben gerade ausgeführt, im internationalen Vergleich würden Schülerinnen und Schüler auch benachteiligt, wenn jetzt die Abschlussprüfungen ausgesetzt würden.

Ihnen ist sicherlich bekannt, dass im internationalen Ausland, gerade in Europa, die Abschlüsse im Augenblick mehrheitlich ohne entsprechende Ab-

schlussprüfung vergeben werden. Das ist das eine. Das wird auch die Hochschulzugangsberechtigung in Nordrhein-Westfalen und in der gesamten Bundesrepublik in keiner Weise beeinflussen.

Sie haben aber auch ausgeführt, dass es vor allen Dingen um Bildungsgerechtigkeit geht. – Sind Sie der Ansicht, dass alle Schülerinnen und Schüler sich in dieser Situation angemessen auf die Prüfung vorbereiten konnten und die gleichen Ausgangslagen haben?

Ich begrüße ausdrücklich das Instrument der Standardsicherung. Das ist ja das Ziel zentraler Prüfungen. Aber dass diese in einem Jahr ausgesetzt werden, ändert nichts an der Zielrichtung dieser Standardsicherung, sondern berücksichtigt nur die Notfallsituation, in die wir durch die Pandemielage gekommen sind und in der man Schülerinnen und Schülern aus ganz anderen Gründen gerecht werden muss.

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Zur Reaktion auf die Kurzintervention hat Frau Ministerin das Wort.

Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine, mich erinnern zu können – andernfalls müsste es ein Versprecher gewesen sein –, dass ich gesagt habe, die Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen würden im nationalen Vergleich – nicht im internationalen Vergleich – abgehängt. Das ist ein großer Unterschied. Aber das kann man ja dann im Protokoll nachlesen.

Ich habe auch schon mehrfach betont, dass ich die Sorgen, Nöte und Ängste unserer Schülerinnen und Schüler – nicht nur unserer Abiturienten, sondern aller Prüflinge, auch der Schülerinnen und Schüler, die jetzt in den Unterricht zurückkehren werden – und auch der Eltern, weil ich selber Mutter bin, sehr ernst nehme. Aber die Abiturienten und alle anderen Prüflinge haben nicht nur in Nordrhein-Westfalen diese Sorgen, sondern sie haben sie in ganz Deutschland und auch weltweit, weil in ganz Deutschland im Zusammenhang mit den Prüfungen die Pandemie herrscht. Das heißt, dass die Voraussetzungen überall die gleichen sind.

Wir haben uns – ich sage es noch einmal – als Kultusministerkonferenz einstimmig auf den Beschluss geeinigt, auch in diesen Zeiten Prüfungen ablegen zu lassen. An diesen Beschluss halte ich mich als Kultusministerin des Landes Nordrhein-Westfalen selbstverständlich. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Das war die Einbringung durch Frau Ministerin Gebauer. Jetzt eröffne ich die Aussprache. Als erste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Vielen Dank für die Fürsorge am Redepult. Unter Gendergesichtspunkten ist es toll, dass die Männer das machen. Das finde ich auch immer sehr gut.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ich muss das zu Hause auch! – Jochen Ott [SPD]: Das ist wirklich unglaublich!)

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir sind in einer Krise, die das Miteinander in unserer Gesellschaft tiefgreifend verändert. Wir müssen Schulen schließen, was vor der Krise undenkbar gewesen wäre.

Danke an die engagierten Lehrerinnen, Erzieherinnen und Pädagoginnen, die sich sofort daran gemacht haben, ihre Kinder nicht nur digital zu betreuen und zu begleiten. Ich danke auch den Eltern, die neben vielen anderen Belastungen plötzlich ganz neu zu Lernbegleiterinnen für ihre Kinder werden müssen.

Deswegen ist es jetzt in dieser Krise Zeit, sich zu besinnen, was sozial, gesellschaftlich und pädagogisch in Sachen Schulen sinnvoll und notwendig ist. Wir brauchen jetzt eine bewusste Bildungspolitik, wir brauchen keine Prüfungspolitik, Frau Ministerin; denn wer sich für eine Prüfungspolitik entscheidet, nimmt nicht nur eine massive Ungerechtigkeit in Kauf, er verschärft sie sogar noch.

Die familiären und häuslichen Voraussetzungen, um lernen zu können und sich vorzubereiten, sind höchst unterschiedlich und ungleich verteilt. Auch wenn Abschlussjahrgänge jetzt gegebenenfalls stundenweise in die Schule kommen können – und auch das läuft wieder ganz unterschiedlich ab –, gleicht es das nicht aus, schon gar nicht, wenn einzelne Schulen und Lerngruppen jetzt wieder reihenweise in den kleinen Lockdown müssen und Schülerinnen nach Hause gehen müssen.

Übrigens: Alles, was in dieser Hinsicht möglich geworden ist, ist das Verdienst der Schulen und Schulträger,

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

die sich dann auch noch unwürdig vom Ministerpräsidenten per Talkshow beschimpfen lassen müssen.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Aber damit wurde gleichwohl zugegeben, dass die Schulen eine nicht ausreichende Unterstützung und

Vorbereitung erhalten haben und bei der Umsetzung erst einmal auf sich gestellt waren.

Individueller Bildungserfolg und – eng damit verbunden – Bildungsgerechtigkeit leiden nicht nur in NRW massiv. Aber CDU und FDP verstärken die Effekte, und das ist längst nicht mehr fahrlässig, das passiert mit Vorsatz. Sie machen den Eltern etwas vor. Wenn Sie jetzt erzählen, Ihr Ziel sei es, alle Kinder noch vor den Ferien wieder in die Schulen zu holen, sind das doch Potemkinsche Schulen, von denen Sie sprechen, denn Sie blockieren in der Realität die weiterführenden Schulen durch die Prüfungsjahrgänge.

Die Räume, die Zeit, das Personal – alles wird durch Prüfung, Vorbereitung und Durchführung überproportional gebunden. Auf Gesamtschulen mit zwei Prüfungsjahrgängen trifft das noch mehr zu als auf andere Schulformen. Gesamtschulkinder haben also noch weniger Chancen als andere, ihre Schule vor den Ferien wieder besuchen zu dürfen.

Die Zahl der nicht im Präsenzunterricht einsetzbaren Lehrkräfte ist von Schule zu Schule höchst unterschiedlich. An den einen sind es 10 %, an anderen 50 %. Es muss vielfach auf fachfremden Unterricht zurückgegriffen werden. Schulen mit nicht besetzten Stellen sind gegebenenfalls mehrfach betroffen. – Und Sie erzählen, alles sei gleich in der Vorbereitung.

Es gibt Schulen, die eine gute Begleitung im Lernen auf Distanz bieten können. Vieles ist kurzfristig gelungen. Auch da sage ich: Danke für das Engagement und die enorme Kreativität. Aber auch hier gilt: Die Situation an den einzelnen Schulen ist höchst unterschiedlich und dementsprechend auch das, was bei den Schülerinnen angekommen ist.

Wir haben hier im Landtag engagiert über G8 debattiert. Im Fokus standen immer auch die psychische Belastung und die mentale Gesundheit von Schülerinnen und Schülern.

Die Frage von Bildung und Gesundheit schieben Sie jetzt auch zur Seite. Was macht das mit dem Lernen, dass das bisher so sicher Geglaubte gerade auch bei jüngeren Menschen erschüttert ist? Sie erleben die Existenznöte von Eltern, sorgen sich um Großeltern, vorerkrankte Eltern, Geschwister oder um ihre eigene Gesundheit. Sie zwingen sie in den Konflikt, sich zu entscheiden zwischen Prüfungsvorbereitung und Risiko für die Menschen, die ihnen nahestehen. Das belastet viele junge Menschen. Diese psychischen Belastungen blockieren Lernen und Wirken bis in Prüfungssituationen hinein.

Die von Ihnen verordneten Prüfungen sind in der jetzigen Situation nicht fair und nicht gerecht. Das gilt übrigens besonders für Schülerinnen aus dem Kreis Heinsberg.

Wir sollten diese Prüfungen jetzt aussetzen und im Gesetzentwurf die Vorkehrungen dafür treffen.

(Frank Rock [CDU]: Wie kann man ihnen das zumuten?)

Die Anerkennung der Abschlüsse ist nicht gefährdet. Ich verweise auf die Ausführungen des Staatssekretärs am 16.04. im Schulausschuss.

Welche Prüfungen noch zu absolvieren sind, ist von der KMK übrigens auch nicht festgeschrieben. Wir Grüne sprechen uns ausdrücklich für das Absolvieren der Vorabiturklausuren aus und für freiwillige Prüfungen für Schülerinnen, damit sie sich verbessern können, wenn sie das auch wollen. Das sogenannte Durchschnittsabitur ist möglich, ebenso der Verzicht auf die Prüfungen der 10. Klasse.

Wir wollen, dass möglichst viele Kinder, und zwar auch die mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf, die Schule besuchen dürfen. Sie brauchen die Beziehung zu Lehrkräften. Die wären froh, ihre Kinder wiederzusehen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Sigrid Beer (GRÜNE): Wir haben ausführliche Überlegungen dazu im Antrag vorgelegt. Wir brauchen jetzt Pädagogik, nicht Prüfung. Das wäre auch eine Chance, die Bildungspolitik wieder anders aufzustellen; nicht gegen den Widerstand der Betroffenen, sondern in dem gemeinsamen Entwickeln. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Beer. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Rock.

Frank Rock (CDU): Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Frau Beer hört nicht auf, die immer wieder gleichen Phrasen in den Raum zu werfen. Sie werden nicht besser, wenn man sie häufiger sagt. Ich bedauere sehr, dass Sie nicht aufhören, Ängste zu schüren. Dort, wo Ängste bei den Menschen vorhanden sind, muss man sie beheben. Man muss mit ihnen sprechen, statt Öl ins Feuer zu gießen.

Ich freue mich besonders, Frau Beer, dass Sie es endlich einmal geschafft haben, den Menschen zu danken, die in den letzten Wochen all das möglich gemacht haben. Unsere Schulen haben wirklich einen guten Job gemacht. Unsere Schulleitungen, die Lehrerinnen und Lehrer, das sonstige pädagogische Personal, sozialpädagogische Fachkräfte, Schulsozialarbeiter und auch die kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sei es im Sekretariat oder in der Haustechnik – alle diese Personen haben das Lernen auf Distanz, Digitalunterricht, die Notbetreuung und die ersten kleinen Schritte zurück in den

Schulalltag ermöglicht. Auch von unserer Seite gilt Ihnen unser herzlicher Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir erleben zurzeit in unserer Gesellschaft eine einmalige Krise. Alle gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Bereiche sind betroffen, auch die Pädagogik und die Schulen. Ein kluger Vordenker Ihrer Partei, Herr Ott, nämlich der Altkanzler Helmut Schmidt, hat einmal folgenden Satz geäußert – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –: „In der Krise beweist sich der Charakter.“

Wenn man die jetzige Lage in NRW, in Deutschland, in Europa, auf der ganzen Welt mit über drei Millionen Infizierten weltweit sieht, sprechen wir von einer gewaltigen Krise, die wir auch in der Politik gemeinsam bewältigen müssen. Um im Bild von Helmut Schmidt zu bleiben: Hier zeigt sich, wer Verantwortung annimmt oder sich im Klein-Klein verliert oder durch ideologische Irrwege versucht, Verunsicherung zu schaffen, liebe Frau Beer.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bei solch einer herausfordernden Lage, Situation oder auch Zeit habe ich eigentlich den Zusammenschluss der demokratischen Parteien hier im Landtag erwartet. Dies ist in weiten Teilen für das Pandemiegesetz im letzten Plenum gelungen, was wir durchaus begrüßt haben.

Aber die letzten zehn Tage haben auch gezeigt, dass beim Thema Schulpolitik der Zusammenhalt unter den Parteien hier in NRW nicht möglich scheint. Das bedauern wir als NRW-Koalition sehr, müssen dies aber zur Kenntnis nehmen – und dies in einer Krisenzeit, in der man mal über seinen eigenen Schatten springen müsste. Aber springen können die Kolleginnen und Kollegen der NRW-Grünen und der NRW-SPD leider nicht wirklich, sondern, wenn überhaupt, nur vor die Mikrofone der Radio- oder Fernsehsender.

(Beifall von der CDU und der FDP – Arndt Klocke [GRÜNE]: Das scheint euch getroffen zu haben!)

Lieber Herr Ott, in den vergangenen Wochen haben Sie auch in zahlreichen Telefonkonferenzen im Rahmen der Obleute unsere Gemeinsamkeiten betont.

(Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Ich bin zutiefst enttäuscht – daher sage ich das heute nochmals –, wie sehr Sie Parallelen Ihrer Öffentlichkeitsarbeit betreiben. In der gestrigen „Aktuellen Stunde“ des WDR behaupten Sie, wenn bei einer schrittweisen Wiedereröffnung der Schulen der Fokus zunächst auf den Prüfungsklassen liege, seien die Aussagen des Ministerpräsidenten, der eine verantwortungsvolle Rückkehr zur Normalität angekündigt hatte, ein Fake. Man habe entschieden, dass

dies bedeute, andere Klassenstufen würden dadurch erst später in die Schulen kommen.

Ich frage Sie nur, Herr Ott: Ist es nicht ein Fake, wenn Sie immer wieder dasselbe Märchen erzählen, dass NRW hier einen eigenen und damit einen anderen Weg gehen würde als alle anderen Bundesländer?

Unumstößlicher Fakt ist nämlich, dass alle 16 Bundesländer Prüflinge und Abschlussklassen priorisieren und sich NRW mit seiner Vorgehensweise auf dem gesicherten Boden der gemeinsamen Beschlüsse bewegt. Können Sie mir ein Bundesland nennen, egal von welcher Partei es regiert wird, das anders vorgeht? – Nein, das können Sie nicht. Das wissen Sie auch, aber das sagen Sie den Leuten auch nicht.

Die Schulgesetzänderungen sind Grundlage, entstanden aus dem Pandemiegesetz. Wichtig ist, noch einmal klarzustellen, dass dieser Gesetzentwurf eine einmalige Regelung für dieses Jahr darstellt und somit zeitlich begrenzt ist. Aus diesem Grund kann man ruhig von einem Ausnahmegesetz sprechen in der Hoffnung, dass dies das erste und einzige Gesetz für eine pandemische Krisenlage sein wird, jetzt und in Zukunft.

Das Gesetz ist von dem Geist getragen, dass durch die schulische Krisensituation den Schülerinnen und Schülern, aber auch den Lehrern in der Ausbildung kein Nachteil entstehen soll. Das kann man in vielen Bereichen – die Ministerin hat den einen oder anderen Bereich genannt – auch feststellen.

Ja, Krisenzeiten heißt, man muss einige Dinge annehmen, die nicht laufen, wie wir sie gewohnt ist. Krisenzeiten heißt auch, es bedarf größerer Anstrengung, um ein Ziel zu erreichen. Krisenzeiten heißt aber auch, dass Bildungsungerechtigkeiten verstärkt werden, weil Bindung auch einen emotionalen Faktor besitzt und nicht alle Familien in der Lage sind, unterstützend zu wirken.

Aus diesem Grund ist es richtig und wichtig, die Bildungswege der Abschlussklassen bestmöglich zu organisieren und zeitnah alle Klassen und somit alle Schülerinnen und Schüler wieder schrittweise unter Berücksichtigung aller Hygienestandards und Abstandswahrung einen Schulbesuch zu ermöglichen und nicht beide Gruppen gegeneinander auszuspielen.

Wir sorgen für Sicherheit. Bleiben Sie gesund! – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rock. – Für die SPD-Landtagsfraktion spricht jetzt Herr Kollege Ott.

Jochen Ott (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine zehnjährige Tochter hat gestern Abend mit Tränen in den Augen gesagt: Die können den Kindern doch nicht sagen, am 4. Mai geht es los, und dann geht es doch erst Donnerstag los. Die müssen den Kindern die Wahrheit sagen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, besser – finde ich – kann man das kommunikative Desaster der letzten Wochen nicht darstellen. Herr Laschet mit seiner Exit-Strategie wollte Normalität am Ostersonntag. Er wollte der Erste sein, endlich mal. Und er wollte unbedingt Kanzler werden. Was hat er gemacht? Er wollte sich als Gestalter darstellen, er hat sich aber dargestellt als ein Luftikus, der wie bei der Korrektur seiner Klausuren damals in der Krise eben nicht Halt und Orientierung gibt, sondern Chaos veranstaltet.

In dieser Krise – da bin ich ganz bei dem, was Kollege Rock gesagt hat – hat Helmut Schmidt recht: Da zeigt sich der Charakter. In dieser Zeit braucht man Anführer, und man braucht Menschen mit einem Plan. Was nicht passt, wird passend gemacht, passt hier nicht in dieser Krise, sondern es braucht Klarheit, Orientierung. Es braucht klare Vorgaben, und vor allen Dingen braucht es die Einbindung von Experten.

Zu den Experten gehören die Kommunen, Lehrerverbände, Elternverbände, Schülervertreter. Heute wird das erste Mal bei einer Frage mit denen gesprochen, um etwas vorzubereiten. Es ist schon erstaunlich, dass sich ein guter Anführer normalerweise enthalten sollte, auf diese Experten zu schimpfen und sie im Fernsehen noch vorzuführen.

Anstatt die Ministerin zu unterstützen, hat Herr Laschet, der den halben Tag ja nicht hier ist, vor allen Dingen eins gemacht, nämlich aus der Staatskanzlei ins Bildungsministerium hineinregiert. Alle Angebote der Opposition, gemeinsam über Szenarien zu sprechen und sie dann auch zu vertreten, wurden mit dem Hinweis auf die Verwirrung der Öffentlichkeit abgelehnt. Einbindung der Verbände fand wochenlang nicht statt.

Wir haben hier drei Jahre lang in allen Reden gehört: sieben Jahre rot-grüne Bildungspolitik. – Ich sage Ihnen eines: Sieben Wochen schwarz-gelbe Bildungspolitik reichen den Menschen in Nordrhein-Westfalen. Das wird ab sofort das Thema sein, über das wir reden.

(Beifall von der SPD)

Chaos, Verwirrung, Nacht-Mails, Aufgabenstellung über Nacht, Schulleiter werden verantwortlich gemacht, eigene Verantwortung wird weggedrückt, überforderte Bezirksregierung, überforderte Kommunen, kurz: eine Landesregierung ohne Führung und ohne Konzept, so überfordert, dass der Städte- und Gemeindebund die Bayerische Staatskanzlei um Unterstützung bittet, nämlich deren Hilfestellung an die

Kommunen auch an die nordrhein-westfälischen Kommunen weiterzuleiten.

Es wurde eben in der Fragestunde zugegeben: Das Chaos rund um die Hygiene war sogar so gewollt. Selbst die CDU-Dezernenten aus dem Bereich, aus dem Herr Laschet kommt, führen in einem Schreiben aus – ich zitiere –: Das Fazit des Austauschs unserer Schulträger war deutlich. Unklare Rahmensetzungen haben die Vorbereitungen der Schulöffnung erschwert. Die Aufnahme weiterer Jahrgänge in den weiteren Schulen wird von den Schulträgern kritisch gesehen, da unsere Schulen Kapazitätsengpässe haben. – Zitatende.

Deshalb sage ich hier ganz klar: Natürlich, es war eine Täuschung mit Ansage, die Sie gemacht haben. Sie haben den Eltern gesagt: Wir machen Prüfungen. – Darauf erwidert die Mehrheit: Ja, das ist richtig, das wollen wir. – Sie haben den Eltern aber nicht gesagt, dass mit dieser Entscheidung in Nordrhein-Westfalen und unserem Zeitplan verbunden ist, dass im Mai an vielen Schulen kein Kind mehr zur Schule gehen wird. Das haben Sie ihnen nicht gesagt.

Die Eltern dachten, es gibt seit Sonntag eine Exit-Strategie, und jetzt erfahren sie, dass sie wochenlang ihre Kinder weiter zu Hause betreuen müssen. Es ist ein unglaublicher Vorgang. Ich bin der festen Überzeugung: Das wird für Sie ein heißer Sommer.

Legen Sie endlich ein Konzept vor. Reden Sie sich nicht heraus. Legen Sie ein Konzept vor! Wir wollen, dass alle Kinder in die Schule gehen, und zwar auch die Förderkinder, aber unter vernünftigen hygienischen Bedingungen. Das kann man aber nicht an die Basis verlagern, das müssen sie selbst vorgeben. Wenn die Bayern das hinkriegen, müssten Sie es eigentlich auch schaffen.

Wir wollen, dass Zoos, Waldschulen, außerschulische Lernorte, Museen, Theater, Jugendzentren, alles, was wir an pädagogischen Mitarbeitern in diesem Land zur Verfügung haben, gemeinsam in dezentralen Konzepten dafür sorgen, dass in kleinen Gruppen Kinder bis zu den Sommerferien in die Schule gehen können.

(Beifall von der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben das ausführlich in unserem Entschließungsantrag beschrieben. Ich sage Ihnen eins: Fünf Monate, von März bis August, Kinder zuhause zu halten, ist unzumutbar – für die Kinder und für ihre Eltern.

(Heiterkeit von der CDU und der FDP)

Ich sage Ihnen ein Weiteres. Wenn Sie die Sommerferien nicht vernünftig vorbereiten und den Trägern endlich Hinweise geben, unter welchen Maßgaben Sommerferienmaßnahmen stattfinden können, werden wir riesige Probleme bekommen angesichts der

Tatsache, dass die Sommerferien austausche und -freizeiten ausfallen müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu bedarf es unter hygienischen Bedingungen klarer Vorgaben. Da kann man nicht sagen, 1,5 Meter, und jeder rennt selbst mit einem Zollstock durch die Gegend. Dazu gehört auch ein digitales Konzept und dass Sie endlich genehmigen, dass die Schulen ihre vorhandenen Endgeräte einfach an die Kinder, die zu Hause keine haben, ausleihen.

Eins sage ich Ihnen zum Schluss:

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Jochen Ott (SPD): Wenn Sie Prüfungen wollen, dann sorgen Sie dafür, dass es auch rechtssichere Notfalllösungen gibt. Ich sage Ihnen, was Sie machen: Sie spielen Roulette, Sie spielen Poker mit unseren Kindern. Wenn es klappt, werden Sie sagen: Wir haben doch alles gut gemacht. Für den Fall, dass es nicht klappt, ist in diesem Schulgesetz keine Notfallregelung vorgesehen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit, Herr Kollege Ott.

Jochen Ott (SPD): Ich sage Ihnen: Das ist am Ende eine unverantwortliche Art und Weise, in der Bildungspolitik vorzugehen. Ich bin weiterhin davon überzeugt, dass Sie vor Ostern zusammen mit der Opposition die Chance gehabt hätten, Szenarien gemeinsam zu definieren.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Ott, ...

Jochen Ott (SPD): Sie haben es bewusst abgelehnt,

(Zurufe: Die Redezeit!)

und deshalb tragen Sie die Verantwortung für diese Entscheidung, die von einem Ministerpräsidenten am Ostersonntag ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Ott, die Redezeit.

Jochen Ott (SPD): ... aus anderen Zwecken vorangetrieben wurde,

(Zuruf: Dummes Zeug!)

meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Zurufe)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Ott. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Müller-Rech das Wort.

(Der Saaldiener reinigt mit einem Desinfektionsmittel das Redepult.)

Franziska Müller-Rech (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich hoffe, Desinfektionsmittel wirkt auch gegen Empörung. Zumindest habe ich nicht vor, jetzt vom Ton her an den Kollegen Ott anzuschließen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir befinden uns gerade in der Coronapandemie, in einer Krise, die noch nie so dagewesen ist. Ich denke, es ist unser aller Wunsch, dass wir so schnell wie möglich – es ist leider noch weit entfernt – zu Normalität und Alltag zurückkehren können.

Ich möchte mit einem Dankeschön, was meine Kolleginnen und Kollegen hier auch schon vorgetragen haben, an alle Menschen starten, die im Bereich Schule unterwegs sind. Ich möchte ihnen für ihre Arbeit in dieser extremen Situation danken. Wir wissen alle, dass das teilweise auch Nachtschichten mit sich bringt, wie zum Beispiel auch bei uns hier, und deswegen gilt ihnen unser ganz besonders großer Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU und der SPD)

Mit ein paar Sätzen möchte ich jetzt zu dem Thema „Abiturprüfungen“ kommen. Es wurde hier schon mehrfach gesagt, dass diese Entscheidung keine ist, die länderspezifisch ist, sondern die länderübergreifend ist; denn die Kultusministerkonferenz hat beschlossen, dass die allgemeine Hochschulreife in Deutschland auf der Grundlage von Prüfungen vergeben wird.

Ich finde es schade, dass trotz dieses eindeutigen, einhelligen, einstimmigen Beschlusses hier eine unrealistische Debatte über das Durchschnittsabitur angezettelt wurde. Auch in Zeiten von Corona oder gerade dann müssen wir uns alle an gerade solche bundesweit übergreifenden Abkommen halten. Wir können sie nicht aushebeln. Kein Bundesland darf an dieser Stelle einen Alleingang machen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ja, wir haben derzeit eine schwierige dynamische Situation, in der in einem kurzen Zeitfenster Entscheidungen getroffen werden müssen. Gerade in dieser Krise sollten wir darum zusammenhalten, über die Parteigrenzen hinaus konstruktiv Lösungen erarbeiten. Dafür sind wir hier gewählt, dafür müssen wir hier gemeinsam arbeiten, um gerade in einer Krise hier auch als Politikerinnen und Politiker Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger auszustrahlen.

Leider haben SPD und Grüne diesen Pfad der konstruktiven Zusammenarbeit verlassen. Das finde ich sehr schade und höchst bedauerlich.

So fordern zum Beispiel die Grünen in ihrem Antrag einen einmaligen Verzicht auf alle Abschlussprüfungen und biedern sich damit insbesondere den Abiturientinnen und Abiturienten an. – Frau Beer, damit schüren Sie ganz bewusst falsche Hoffnungen bei den Abiturientinnen und Abiturienten. Ich möchte noch einmal klarstellen: Es wird kein Durchschnittsabitur geben. Das hat die KMK so entschieden, und deshalb ist das, was Sie sagen, unredlich.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Während die Landesregierung Tag und Nacht eruiert, wie wir diese Entscheidung der KMK und auch der Ministerpräsidentenkonferenz bestmöglich umsetzen, verzetteln Sie sich in politischen Spielchen und spannen dabei auch noch die Schülerinnen und Schüler mit falschen Hoffnungen vor den Karren.

Ich denke, ein Tiefpunkt war auch heute Mittag der liebe Kollege Arndt Klocke. Er hat behauptet, unser geschätzter Kollege Alexander Brockmeier, der heute nicht einmal da ist, würde in sozialen Medien Parteien oder Lehrerverbände beschimpfen und besorgte Eltern und Schüler herabwürdigen.

Herr Kollege, das war haltlos, stilllos, und Sie sollten sich ...

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Ich werde das beim nächsten Mal mitschneiden. Dann haben Sie Belege dafür!)

– Herr Klocke, ich habe das auch gehört. Ich finde, das war haltlos,

(Arndt Klocke [GRÜNE]: In keiner Weise!)

das war stilllos, und Sie sollten sich bei unserem Kollegen Alexander Brockmeier entschuldigen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Arndt Klocke [GRÜNE]: Ich werde Ihnen die Stellen beim nächsten Mal vorlesen! Ich werde es mitschneiden!)

Ich möchte bei Ihnen bleiben. Es gibt ein interessantes Impulspapier der Grünen auf Bundes- und auf allen Landesebenen vom 18.04. Darin steht – ich zitiere –: Die Kultusministerinnen und Kultusminister sollten sich selbstverständlich an die Vereinbarungen der Länder mit dem Bund halten und sollten sich bei allen weiteren Entscheidungen eng abstimmen. – Zitatende.

(Bodo Middeldorf [FDP]: Aha!)

Twitter scheint generell die grüne Achillesferse zu sein. Am selben Tag hat sich nämlich Sigrid Beer, die dieses Papier mit unterschrieben hat, auf Twitter für ein Durchschnittsabitur und freiwillige Prüfungen ausgesprochen, also für einen NRW-Sonderweg.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf: Hört, hört!)

Am selben Tag! Frau Kollegin, wie viel ist Ihre Unterschrift unter diesem Papier wert?

(Zurufe von der FDP: Nichts! Gar nichts!)

Diesem Antrag können wir selbstverständlich nicht zustimmen.

Ich komme noch kurz zu dem SPD-Antrag. Er arbeitet sich an der Landesregierung ab. Es geht, glaube ich, eher darum, sich das Mütchen zu kühlen. Sie kritisieren unter anderem den späten Versand von Schulmails, kriegen es aber selbst nicht hin, einen Antrag pünktlich auf den Weg zu bringen. Den haben wir gestern auch sehr, sehr spät bekommen.

(Zuruf von der SPD: Das ist unglaublich!)

Es ist ein nutzloser Antrag, auf den niemand gewartet hat. Das kriegen andere Leute auch hin. Sie sollten selbst das einhalten, was Sie kritisieren, Frau Kollegin.

(Zurufe von der SPD)

Ich komme auf das zurück, was wir hier vorhaben. Wir wollen jetzt im Hinblick auf diese aktuelle dynamische Pandemielage die Abläufe regeln, die von einem normalen Schuljahr abweichen müssen: Versetzung, Erprobungsstufe, ZP10, Lehramtsanwärter. – Es dürfen keine Nachteile aus dieser Pandemielage entstehen.

Ich möchte betonen, dass dieses Gesetz befristet sein soll. Uns ist wichtig, das noch einmal zu sagen. Wir stehen voll und ganz hinter diesem Gesetzentwurf. Wir werden darüber auch noch weiter debattieren und diskutieren.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Franziska Müller-Rech (FDP): Genau deswegen komme ich jetzt zum Schluss, weil wir morgen weitermachen werden, und sage herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Müller-Rech. – Für die AfD hat Herr Kollege Seifen jetzt das Wort.

Helmut Seifen^{*)} (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die augenblickliche Krise und die jetzige, zum Teil hitzig verlaufende Debatte sind durch die Entscheidung der Regierenden in Bund und Ländern ausgelöst worden, das öffentliche Leben und damit auch den Unterricht ganz stillzulegen. Grundlage dafür waren die Warnungen und Alarmrufe eines einzelnen Virologen

und des Robert Koch-Instituts vor der Gefährlichkeit des Virus COVID-19.

Also: Nicht das Virus hat das öffentliche Leben und die Schulen lahmgelegt, sondern es lag in der Macht der Regierenden, so oder anders zu entscheiden. Ob diese Entscheidung angemessen war, konnte man vor sechs Wochen vielleicht tatsächlich noch nicht absehen. Das will ich gerne zugestehen.

Bei allem Bedauern über jeden Krankheitsfall und besonders natürlich über jeden Todesfall lassen die augenblicklichen Zahlen starken Zweifel darüber aufkommen, ob die Schulen auf diese Art und Weise so rigoros stillzulegen waren – mit all den Folgeerscheinungen, die das hat, vor allen Dingen mit der Folgeerscheinung der Verunsicherung, die bei den Schülerinnen und Schülern sowie Eltern hervorgerufen worden ist.

Zu ungewiss ist die Gültigkeit der Zahlen über Infizierte, Genesene und Verstorbene, zu wenig belastbar ist das gesamte Datenmaterial. So wechselten eben auch die Maßstäbe und Argumentationen zu massiven Einschränkungen unserer Grundrechte. Zunächst wollte man die Kurve der Erkrankungen flach halten, um die Krankenhäuser nicht zu überlasten. Jetzt stehen ganze Stationen leer. Die Kapazitäten wurden nie gebraucht. In dem Zusammenhang tröstete man die Bürger damit, dass die Verdopplungsrate der Ansteckung 10 Tage betragen müsse – dann wurde die Rate schnell auf 14 Tage hochgesetzt –, ehe es Lockerungen geben könne. Als das erledigt war, wurden schnell andere Maßstäbe gefunden: die Ansteckungsrate, die unter eins fallen müsse. – Längst geschehen! Die Verdopplungsrate ist mittlerweile bei 27 Tagen angekommen, wenn ich Herrn Laumann richtig verstanden habe.

Jetzt werden Sie entgegenhalten, das hätte man alles nicht wissen können. Da gebe ich Ihnen nur zum Teil recht. Wenn man sich natürlich auf die Expertise eines einzigen Virologen und den Chef des Robert Koch-Instituts verlässt, dann muss man sich nicht wundern, dass man auf diesen falschen Pfad geführt wird. Hochrangige Experten auf diesem Gebiet wurden von vornherein nicht zu Rate gezogen und auch in den Medien totgeschwiegen – mit Ausnahme von Hendrik Streeck, der sich dann aber mit flapsig geäußerten Zweifeln auseinandersetzen musste.

Wolfgang Wodarg, Sucharit Bhakdi, Stefan Hockertz, Karl-Heinz Leven, Karin Mölling und eben Hendrick Streeck sind hochdekorierte Virologen, Epidemiologen bzw. Immunologen. Alle Personen, die ich aufgezählt habe, sind jahre- bis jahrzehntelang Leiter von entsprechenden Instituten. Sie wurden nicht gehört, einfach ignoriert, obwohl alle Genannten einen anderen Weg einzuschlagen empfohlen hatten.

Wer eine schwere Operation vor sich hat, tut gut daran, mehrere Ärzte zu konsultieren. Und das war hier

eine sauschwere Operation, die am gesamten öffentlichen Leben ausgeführt worden ist.

So konnte sich natürlich die einmal geschürte Angst als Todesangst in die Psyche vieler Menschen eingraben, eben auch von Eltern und Schülern. Man kann sie manchmal in den Augen lesen, die einen über die Atemschutzmasken hin anschauen. Gegen diese Angst ist es natürlich schwer, zur Normalität zurückzukehren. Das sind genau die Schwierigkeiten, mit denen wir jetzt alle um das Gesetz zu kämpfen haben.

Diese Menschen schreiben uns per E-Mail natürlich von ihren Sorgen und melden ihre Bedenken an. Das ist ganz verständlich. Sie fordern die weitere Aussetzung von Unterricht, weil sie glauben, das, was an Hygienemaßstäben gefordert wird, könne man in der Schule nicht umsetzen. Sie bedenken dabei natürlich nicht, dass die Notwendigkeit für diese strengen Auflagen in den Schulen wahrscheinlich gar nicht gegeben ist. Sie ist zum Teil nicht gegeben.

Herr Laumann stand hier heute Morgen und hat gesagt, wenn er vor sechs Wochen gewusst hätte, was er heute weiß, hätte er das Pandemiegesetz nicht eingereicht. Meine Herrschaften, das ist doch wohl eine klare Aussage!

Insofern trägt das vorliegende Gesetz dem Rechnung, weil es den Schulbetrieb mit der notwendigen Behutsamkeit wieder anlaufen lässt.

Ich muss Ihnen sagen: Wir von der AfD würden einen schnelleren Einstieg begrüßen, vor allen Dingen einen Einstieg für alle Schülerinnen und Schüler, auch für die Grundschüler. Meinetwegen könnte das gestaffelt passieren, Herr Hovenjürgen, gestaffelt in Unterricht am Morgen, am Nachmittag und samstags, aber so, dass alle Schüler am Unterricht teilnehmen. Dann müsste Herr Ott hier auch nicht so rumbrollen.

Dazu gehört aber natürlich auch, dass die Menschen wieder eine gesunde Lebenszuversicht haben müssen. Genau das ist die Aufgabe von uns Politikern.

Unter diesem Gesichtspunkt ist der hier vorliegende Antrag der Grünen einfach nur perfide, Frau Beer. Hier haben die Meister der Angst den Stift geführt. Mit diesem Antrag wird die Lebenszuversicht der Bürgerinnen und Bürger bekämpft. Dieser Antrag beschwört Katastrophenszenarien herauf, jagt den Menschen Ängste ein und macht sie damit schwach und hilflos.

So agieren die Grünen immer: Sie brauchen die Angst der Menschen vor weltlichem Unbill wie einst die christlichen Kirchen den Glauben an die brennende Hölle, um die Menschen im Griff zu haben und sie ihrer Freiheit zu berauben.

(Widerspruch von der SPD und den GRÜNEN – Arndt Klocke [GRÜNE]: Verbreiten

Sie den Kram doch zu Hause und nicht im Plenarsaal! – Zuruf: Sie sind ein Hetzer!

Mit dieser Angst, die Sie schüren, treiben Sie die Menschen immer in Abhängigkeiten, die sie wiederum für die für sie treu sorgende, aber strenge Obrigkeit gefügig macht.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Helmut Seifen^{*)} (AfD): So benutzen Sie auf ganz perfide Weise die Ängste der Menschen vor COVID-19, um Ihre zerstörerische Schulpolitik ein weiteres Mal durchzusetzen. Das wird Ihnen nicht gelingen.

Wir lehnen den Antrag ab und stimmen dem Gesetzentwurf zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Seifen. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 14.

Wir kommen zur Abstimmung, nämlich zunächst über den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 17/9051**. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des Gesetzentwurfs an den **Ausschuss für Schule und Bildung**. Möchte jemand der Überweisungsempfehlung widersprechen? – Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemanden enthalten? – Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/9029. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wer also dem Inhalt des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, SPD, FDP und AfD. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/9029 abgelehnt**.

Ich rufe auf:

15 Coronaschutzverordnung: Willkür beenden – NRW wieder „aufmachen“!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9048

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion Herr Kollege Tritschler das Wort.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist schwer, momentan den Überblick über den Schwall von Verboten zu bewahren, den die Ministerien über den Bürgern auskippen.

Das Betreten von Spielplätzen ist zum Beispiel verboten wie auch das Sitzen auf Bänken auf Spielplätzen – es sei denn, die Bank steht erkennbar außerhalb eines abgrenzenden Zauns oder Busches an einem Spielplatz.

Picknicken und Grillen sind in der Öffentlichkeit verboten und kosten 250 Euro Bußgeld. Ein Picknick ist aber nur gegeben, wenn das Essen von zu Hause mitgebracht wird und nicht irgendwo auf dem Weg erworben wurde; sonst ist der Verzehr auch öffentlich zulässig.

(Heiterkeit von Helmut Seifen [AfD])

Grillen im eigenen Garten ist wiederum erlaubt; es darf aber nicht mit lauter Musik ausarten, denn sonst droht dem Gartenbesitzer ein Bußgeld von bis zu 2.500 Euro.

Am Montag – wir freuen uns alle darauf – dürfen die Friseure wieder öffnen, nicht aber die Nagel- und Kosmetikstudios.

Zudem darf der Friseur auch wirklich nur das Haupthaar kürzen; Bärte und Augenbrauen sind hingegen weiterhin tabu.

(Heiterkeit von der AfD)

Schon seit letzter Woche darf der Einzelhandel wieder öffnen, aber nur bis 800 m² – außer es handelt sich um ein Möbel- oder Autohaus, ein Fahrradfachgeschäft oder einen Babyfachmarkt, denn dann gilt wiederum keine Flächenbegrenzung.

Meine Damen und Herren, seit Wochen drangsaliieren Sie die Bürger mit solchen absurden Regelungen.

Als die AfD schon im Februar die drohende Pandemie zum Thema machte, wurde das von Ihren Parteifreunden in Berlin zum Beispiel belächelt. Es hieß, man habe alles im Griff. – So sind wir dann in diese Krise hineingestolpert.

So erklärte Ministerpräsidenten Laschet beispielsweise noch am 11. März, man müsse die Schulen nicht schließen – nur, um es dann zwei Tage später am 13. März doch zu tun.

Erst sollten die Restaurants unter Auflagen geöffnet bleiben, dann wurden sie komplett geschlossen.

Wochenlang wurden Menschen aus Hochrisikogebieten wie dem Iran und China eingeflogen, ohne dass auch nur eine Kontrolle der Körpertemperatur erfolgte, während die Deutschen längst in ihre Wohnungen gesperrt waren.